

Sitzungsperiode 2023-2024  
Sitzung des Ausschusses IV vom 8. November 2023

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 1495 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema Zahnärzte mit gefälschten Abschlüssen**

Ende August informierte die ostbelgischen Presse über Zahnärzte, die mit einem gefälschten bzw. gekauften Abschluss aus Rumänien in Belgien praktizieren<sup>1, 2</sup>.

Immer mehr ausländische Ärzte würden sich in Belgien niederlassen, auch Zahnärzte. Die Ausbildung zum Zahnarzt sei dort jedoch nicht vergleichbar mit Belgien, Ärzten fehle oft Fachwissen und Praxiserfahrung. In Rumänien gebe es private Universitäten, die Zahnarzt diplome verkaufen. Vor der Zulassungskommission sei es diesen Ärzten unmöglich, einfache Fragen zu beantworten, es falle auf, dass sie weder eine Landessprache noch Englisch sprechen. Trotzdem könne ihnen aufgrund geltenden EU-Rechts die Zulassung nicht verweigert werden.

Der Verbandschef hebt zudem die hohe Zahl von Menschen aus Nordafrika hervor, die mit einem rumänischen Zahnarzt diplom in Belgien ankommen. Dieser Zustand sei in den vergangenen fünf Jahren durch Untersuchungen des RIZIV ( Rijksinstituut voor Ziekte- en Invaliditeitsverzekering) ans Licht gekommen. Man habe mindestens 27 Fälle des vorsätzlichen Betrugs festgestellt, die Dunkelziffer dürfe deutlich höher liegen: Der Schaden für die Krankenkassen liege in Millionenhöhe.

Der flämische Zahnärzteverband gehe nun in die Offensive und nehme private Schulen in Rumänien ins Visier, bei denen die Diplome angeblich zum Kauf angeboten werden. Die flämische Gesundheitsministerin werde den Fall mit der Anerkennungskommission diskutieren.

Die Zulassungs- und Anerkennungsformalitäten für Zahnärzte sind auf [www.ostbelgienlive.be](http://www.ostbelgienlive.be) zu finden<sup>3</sup>. Für Inhaber eines europäischen Diploms als Zahnarzt oder Fachzahnarzt „dürfe man wahlweise einen Antrag auf Anerkennung in eine der drei Gemeinschaften einreichen“.

Der Zahnärztemangel ist in der DG, ganz besonders im Süden, seit Jahren ein Thema. Es darf in unseren Augen jedoch keine Lösung sein, dass eine ungeklärte Qualifikation die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzt.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://brf.be/national/1750299/>.

<sup>2</sup> <https://www.grenzecho.net/94704/artikel/2023-08-23/auslandische-zahnarzte-belgien-unter-betrugsverdacht>.

<sup>3</sup> [https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-6197/10663\\_read-58112/](https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-6197/10663_read-58112/).

Unsere Fragen:

1. Gibt es in der DG Ärzte (nicht nur Zahnärzte) mit rumänischem Diplom, bei denen es zu Beschwerden oder Auffälligkeiten gekommen ist?
2. Welchen Handlungsspielraum hat die DG in diesem Fall?

• **Frage Nr. 1496 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu Sprachkursen in den WPZS**

Mein Kollege Herr Freches stellte in der letzten Kontrollsitzung eine wichtige Frage zu den Sprachkompetenzen im Pflegesektor.<sup>4</sup>

Es ist richtig, dass eines der wichtigsten Elemente in der Pflege die korrekte Verständigung ist.

Ein Teil des Personals kommt aus der französischsprachigen Region und verfügt allzu oft nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse in Deutsch. Beim Personal aus anderen EU- und Nicht-EU-Staaten ist dies oftmals auch so.

In ihrer Antwort sagten Sie, dass die Verwendung der deutschen Sprache innerhalb der WPZS vertraglich vorgeschrieben ist. Es obliegt den WPZS für die Weiterbildung des Personals Sorge zu tragen.

Wir von der Vivant-Fraktion verstehen es, dass in einigen Fällen, der Fachkräftemangel die Gewährleistung einer Betreuung in deutscher Sprache, vor allem wenn es sich um Interimspersonal handelt, nicht gewährleistet werden kann. Wenn aber französischsprachiges Personal einen Festvertrag in der DG erhält, muss eine Betreuung in deutscher Sprache gewährleistet werden.

Leider sieht die Realität ganz anders aus.

Die WPZS organisieren zunehmend Sprachkurse, sogar hausinterne Deutschkurse werden angeboten, beispielsweise im Marienheim, im Golden Morgen oder durch Kathleos.

Wir sind zuversichtlich, dass diese Sprachkurse auch oft genutzt werden, aber trotzdem erreichen uns immer wieder Meldungen, dass Stammpersonal einzelner WPZS der deutschen Sprache auch nach mehreren Jahren Zugehörigkeit nicht mächtig sind.

Wir sind der Meinung, es muss nicht alles perfekt sein, aber der Wille muss da sein.

Hierzu lauten unsere Fragen :

1. Wird diese Problematik bei Treffen der verschiedenen Heimleiter der WPZS in der DG und Ihnen thematisiert ?
2. Wie gedenkt man, das Problem in den Griff zu bekommen ?
3. Wie viel Prozent des französischsprachigen Stammpersonals nimmt diese Sprachkurse in Anspruch?

• **Frage Nr. 1497 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Hilferuf der Mosaik-Beschäftigten**

Meine Kollegin Frau Göbbels stellte am 15.2.2023 eine mündliche Frage zum Mosaik-Zentrum, dem Zentrum für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung, eine Einrichtung des ÖSHZ Eupen.<sup>5</sup>

Trotz zusätzlicher finanzieller Unterstützung seitens der DG ist die Situation weiterhin angespannt.

---

<sup>4</sup> <http://www.antoniadis.be/cms/wp-content/uploads/2022/10/20221005-1128-Frage-und-Antwort-Freches-zu-Sprachkompetenz.pdf>.

<sup>5</sup> <http://www.antoniadis.be/cms/?p=7267>.

So geht aus der CSC-Info-Ausgabe 18 vom 22.9.23 hervor: "Hilferuf der Mosaik-Beschäftigten", " Trop is te veel."<sup>6</sup>

Der Frust bei den Mosaik Beschäftigten in Eupen ist groß. So groß, dass viele mit dem Gedanken spielen, die Jugendeinrichtung zu verlassen. In der Pflicht sieht man den Träger des Mosaik-Zentrums, das ÖSHZ Eupen.

Wir werden in diesem Hause bald das Dekret zur Jugendhilfe und zum Jugendschutz verabschieden und eines der wichtigsten Akteure in diesem Bereich wendet sich mit einem Hilferuf an die DG und an den Träger dieser Institution:

Folgende Aussagen sind bei CSC-Info zu lesen:

Laut Thomas Tychon, dem Gewerkschaftssekretär der CSC Öffentlicher Dienste, fühlt sich das Personal wie ein Ping-Pong-Ball zwischen zwei Behörden, nämlich, zum einen die lokale Behörde, sprich das ÖSHZ Eupen als Träger und zum anderen die subventionierende Behörde, also die DG. Das Mosaik Personal bemängelt, dass niemand Verantwortung übernimmt.

Erschreckend ist die Aussage der CSC-Delegierten Caroline Recker.

Die Wartelisten werden gestoppt, weil es keine Kapazitäten mehr gebe. Das sei dramatisch für die Familien.

In Ihrer Antwort erklärten Sie uns, Herr Minister, dass der allgemein herrschende Fachkräftemangel und ein starker Anstieg von Krankheitsfällen dazu führe, dass aktuell weniger Kinder vor Ort betreut werden können.

Des weiteren kündigten sie an, dass in Zusammenarbeit mit dem Partner, dem Landschaftsverband-Rheinland, eine grundsätzliche Evaluierung des Dienstes vorgenommen werde.

Sie waren jedoch der Überzeugung, dass die personellen Engpässe auch der Infrastruktur geschuldet seien. Neben dem Mosaik-Zentrum solle ein weiteres Entlastungsangebot innerhalb der DG aufgebaut werden, um mehr Flexibilität im System zu schaffen. Ein Aufbau einer weiteren stationären Einrichtung, sowie weitere Betreuungsmodelle sei geplant.

Wir von der Vivant-Fraktion finden es befremdlich, dass sich von Februar 2023 bis September 2023 in dieser Akte scheinbar nicht viel getan hat, obwohl man in den nächsten Wochen hier im Hause ein Dekret zum Thema Jugendhilfe und Jugendschutz verabschieden will und das obschon einer der Hauptakteure dieses Dekrets in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Wird das Mosaik-Zentrum beim Ausbau weiterer Entlastungsangebote, weitere stationäre Einrichtungen und Betreuungsmodelle mit einbezogen ?
2. Wurde die grundsätzliche Evaluierung des Dienstes mit dem Partner, dem Landschaftsverband-Rheinland vorgenommen?
3. Welche Auswirkungen hat die dramatische Situation im Mosaik Zentrum auf das Dekret Jugendhilfe und Jugendschutz, welches in wenigen Wochen hier verabschiedet wird ?

**• Frage Nr. 1498 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zur Entwicklung der Pflegegeldanträge seit Einführung des neuen Gewährungssystems**

Vor fast einem Jahr führte die Deutschsprachige Gemeinschaft das *Pflegegeld für Senioren* ein, das die vormalige *Beihilfe für Betagte*, kurz BUB, ersetzte.

---

<sup>6</sup> [https://www.diecsc.be/docs/default-source/ostbelgien/csc-info/csc-info-2023/cscinfo18-220923-web.pdf?sfvrsn=61d0762a\\_0](https://www.diecsc.be/docs/default-source/ostbelgien/csc-info/csc-info-2023/cscinfo18-220923-web.pdf?sfvrsn=61d0762a_0).

Zu Beginn dieses Jahres teilten Sie dem Ausschuss IV mit, dass eine Reihe von Personen mit Unterstützungsbedarf, die zuvor einen Antrag beim Föderalstaat gestellt hatten und nichts erhielten, nunmehr aufgrund der vorteilhafteren Regelung in der DG ein Pflegegeld erhalten.

Da die DG nun bereits seit knapp 11 Monaten das Pflegegeld verwaltet und auszahlt, sollte es an der Zeit sein, eine erste Bilanz zu ziehen.

In diesem Zusammenhang stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Wie hat sich die Anzahl Empfänger entwickelt, die im alten System kein Anrecht auf eine *Beihilfe für Betagte* hatten, nunmehr aber das *Pflegegeld für Senioren* seitens der DG erhalten?
2. Wie gestaltet sich insgesamt die Entwicklung der Anträge?

• **Frage Nr. 1499 von Frau GÖBBELS (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen**

Im Zuge der Veröffentlichung der föderalen Gesundheitsbudgetierung von 42,7 Millionen für 2024 durch Minister Vandebroucke, haben die Hebammenverbände "Union professionnelle des sages-femmes belges (UPSfB)" und "Association francophone des sages-femmes catholiques (AFSFC)" auf die aus ihrer Sicht inkohärente und fehlende finanzielle Unterstützung hingewiesen. Um auf die dadurch für Familien entstehende Probleme aufmerksam zu machen, haben die beiden Berufsverbände am 23. Oktober eine Petition mit dem Titel "Carte blanche"<sup>7</sup> gegen ins Leben gerufen. In Flandern wurde am 25. Oktober parallel von der Vlaamse Beroepsorganisatie van Vroedvrouwen die gleiche Initiative ergriffen<sup>8</sup>.

Alle drei Verbände haben am 27. Oktober auf einen möglichen Rückgang der Anzahl konventionierter freiberuflicher Hebammen aufmerksam gemacht, welcher zu einer nachteiligeren Rückerstattung für Mütter führen kann.

Die Prämie für die Konventionierung soll ab 2024 abgeschafft werden. Laut UPSfB konventionieren sich 85,5% der befragten Hebammen, um den Müttern eine möglichst vollständige Erstattung zu ermöglichen, wobei lediglich 5,9% derselben Hebammen auch für sich selbst einen Vorteil erkennen<sup>9</sup>.

Die Verbände weisen auf den Widerspruch zwischen der Reduzierung der Aufenthaltsdauer auf Entbindungsstation nach der Geburt eines Kindes sowie der wiederholten Betonung der Bedeutung der 1000 ersten Lebenstage durch den Gesundheitsminister einerseits und der fehlenden Budgetierung zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen andererseits hin.

Zuletzt möchte ich betonen, dass in der Erläuterung der Petition ebenfalls argumentiert wird, dass die Sparmaßnahmen sich gegen die Anstrengungen zur Unterstützung der mentalen Gesundheit der Bevölkerung richten. Letztere sind DG-Kompetenz. Laut Berufsverband sind sowohl Schwangerschaft, Geburt als auch das "Eltern werden" per se eine vulnerable Phase, in der die mentale Gesundheit eine entscheidende Rolle spielt und die Begleitung der Hebammen dabei eine wichtige Unterstützung darstellt.

---

<sup>7</sup> [https://docs.google.com/forms/u/0/d/e/1FAIpQLSet4gyzECZoxpPT\\_gzBBQsVsHb1T7I\\_ucugmVizTc54NR6SCw/viewform?usp=send\\_form&pli=1](https://docs.google.com/forms/u/0/d/e/1FAIpQLSet4gyzECZoxpPT_gzBBQsVsHb1T7I_ucugmVizTc54NR6SCw/viewform?usp=send_form&pli=1).

<sup>8</sup> <https://www.openpetition.eu/be/petition/online/vroedvrouwen-in-de-shit-geen-broodnodige-loonsverhoging-voor-vroedvrouwen-in-begroting>.

<sup>9</sup> [https://www.lespecialiste.be/fr/actualites/deconventionnement-envisage-chez-les-sages-femmes-oublies-de-la-sante.html?fbclid=IwAR2\\_FC7VZ1HA4ukC0n\\_tjt9RAkQGK\\_UAPZgB\\_wrYYJ3BWop0M8zc\\_ChP3aA\\_aem\\_AZSzIpzgCAQzhxYQVO4YIzrZxrnw2AzZtWFpLu5xi9vvRn3hBCyg9nN1UlG9uZ7V4s](https://www.lespecialiste.be/fr/actualites/deconventionnement-envisage-chez-les-sages-femmes-oublies-de-la-sante.html?fbclid=IwAR2_FC7VZ1HA4ukC0n_tjt9RAkQGK_UAPZgB_wrYYJ3BWop0M8zc_ChP3aA_aem_AZSzIpzgCAQzhxYQVO4YIzrZxrnw2AzZtWFpLu5xi9vvRn3hBCyg9nN1UlG9uZ7V4s).

In Anbetracht dieser Umstände habe ich folgende Fragen:

1. Wie bewerten Sie die budgetären Entscheidungen des föderalen Gesundheitsministers?
2. Haben Sie Informationen darüber, wie viele freiberufliche Hebammen in der DG aktuell konventioniert sind?
3. Welche Schnittmengen zum Bereich der mentalen Gesundheit gibt es im Zuge der Reform in Zuständigkeit der DG?

• **Frage Nr. 1500 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Unterbringung von Asylanten in Krankenhäusern**

Gemäß dem Bericht im GrenzEcho vom 06/11/2023 fordert Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke die mehr als 100 zugelassenen Krankenhäuser in Belgien auf, Asylbewerber vorübergehend aufzunehmen, um den Bedarf an zusätzlichen Aufnahmeplätzen im Rahmen eines Winterplans zu decken. Diese Initiative hat jedoch bereits Widerstand in großen Krankenhäusern in Antwerpen ausgelöst. Die Regierung plant, 2.000 bis 4.000 zusätzliche vorübergehende Aufnahmeplätze für Asylbewerber zu schaffen, aber die Umsetzung gestaltet sich schwierig, da sie auf die Hilfe und Unterstützung der Gemeinden angewiesen ist. Gesundheitsminister Vandenbroucke schrieb die Krankenhäuser an und betonte, dass es sich um zeitlich begrenzte Maßnahmen handeln würde. Die Frage nach einem finanziellen Ausgleich für die Krankenhäuser bleibt jedoch unbeantwortet, und es ist unklar, ob die Krankenhäuser in der Lage sind, die zusätzlichen Aufnahmeplätze zu gewährleisten, da sie bereits unter erheblicher Arbeitsbelastung stehen.

Fragen an Minister Antoniadis:

1. Gibt es bereits Reaktionen vonseiten der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu der Anfrage von Minister Vandenbroucke?
2. Wie beurteilen Sie als Gesundheitsminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Initiative des föderalen Gesundheitsministers, Asylbewerber vorübergehend in Krankenhäusern aufzunehmen, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Arbeitsbelastung im Gesundheitssektor?
3. In Anbetracht der unklaren finanziellen Ausgleichsregelungen für die Krankenhäuser, wie gedenken Sie sicherzustellen, dass die ostbelgischen Krankenhäuser in der Lage sind, zusätzliche Aufnahmeplätze für Asylbewerber bereitzustellen, ohne die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung zu beeinträchtigen?